

# Positionspapier Bildung

---

Verabschiedet durch die Mitgliederversammlung am 18.03.2017.

## Wir fordern:

- **Duales Bildungssystem stärken!**
- **Zinslose Darlehen für alle statt Stipendien für wenige!**
- **Verursacherprinzip auch bei der Studienfinanzierung!**
- **Interkultureller Unterricht statt Kruzifixe!**
- **Wirtschaft und Recht an der Oberstufe!**
- **Freie Schulwahl für alle!**
- **Maturitätsquote soll niedrig bleiben!**

Nur ausgezeichnete Bildung gewährleistet die Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend globalisierten Welt. Zudem institutionalisiert ein solides Bildungssystem wesentliche Freiheitsrechte, sichert den guten Zugang zu Aus- sowie Weiterbildung und ist damit Voraussetzung für Chancengleichheit und freie Berufswahl: Denn durch schulische Aus- und Weiterbildung können sich Menschen, die nicht einer privilegierten Schicht angehören, eigene Wege zum Erfolg bahnen, ganz nach dem liberalen Motto „jeder soll nach seiner Façon glücklich werden“. Die Schaffung von guten Startbedingungen und Zukunftsaussichten für alle im Kanton ist für uns daher auch die beste Form von Sozialpolitik, denn es ist besser, frühzeitig in die Bildung zu investieren als später Bildungsdefizite durch Sozialleistungen aufzufangen.

**Duales Bildungssystem stärken, und Akademisierung der Gesellschaft stoppen!** Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Fachkräften ist zu schaffen. Die hervorragende und einzigartige Berufsbildung ist ein zentraler Pfeiler der Schweizer Wirtschaft. Die Ausbildung von Arbeitskräften auf allen Stufen und in allen Branchen ermöglicht die Konkurrenzfähigkeit unserer Arbeitskräfte im europäischen bzw. globalen Arbeitsmarkt. Dabei sollen nicht abstruse akademische Titel und Diplome im Zentrum stehen, sondern allein die Qualität der Ausbildung!

**Zinslose Darlehen für Alle statt Stipendien für wenige!** Ein Studium darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Studenten sollen die Kosten ihres Studiums aber persönlich erfahren und mittragen. Stipendien sollen vollumfänglich durch zinslose Darlehen ersetzt werden, die nach dem Studium zurück bezahlt werden können. Der Antrag für ein solches Darlehen soll aber nicht durch eine schier unüberwindbare Bürokratiemaschinerie geschickt werden müssen:

Die Darlehen müssen mit wenig Verwaltungsaufwand und für alle in nützlicher Frist zugänglich sein.

**Verursacherprinzip auch bei der Studienfinanzierung,** denn eine persönliche Ausbildung soll nicht durch die Allgemeinheit bezahlt werden. So können durch eine Studiensteuer die Ausbildungskosten von den Studierenden nach dem Hochschulabschluss nachträglich selbst getragen und gleichzeitig die generelle Steuerbelastung für die Bevölkerung gesenkt werden.

**Interkultureller Unterricht statt Kruzifixe im Schulzimmer!** Getreu unserem freiheitlich-liberalen Weltbild sind wir der Überzeugung, dass jeder das Recht hat, nach seiner Façon glücklich zu werden. Dabei setzen wir voraus, dass dies in einem gemeinsamen Werteraum zu geschehen hat. Deshalb fordern wir die Aufhebung der Pflicht zum Religionsunterricht und anstelle dessen die Einführung eines obligatorischen interkulturellen Unterrichtes. In diesem Unterricht sollen die Schüler die wichtigsten Inhalte der



in der Schweiz gelebten Religionen kennen. Ausserdem sollten Gepflogenheiten und Werte der in der Schweiz vertretenen Kulturen vermittelt werden. Multikulturalität in der Schweiz ist eine Tatsache mit steigender Tendenz. Das Wissen bzw. Verständnis um andere Ansichten fördert die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz.

### **Wirtschaft und Recht an der Oberstufe.**

Durch den heute gültigen Lehrplan im Kanton St.Gallen, ist es der Laune der Lehrer – und somit dem Zufall – überlassen, ob ein Schüler vor der Lehre grundlegende Prinzipien einer einfachen Buchhaltung, des Vertragsrechts oder der Staatskunde vermittelt bekommt. Die JFSG sind der Überzeugung, dass ein obligatorisches Fach Wirtschaft und Recht auf der Oberstufe eine Notwendigkeit darstellt, welche wir uns nicht länger zu ignorieren leisten können. Durch die Vermittlung von einfachstem Alltagswissen (Was ist ein Vertrag?; Wie stelle ich ein Budget auf und was sind Schulden?; Was ist Bürgerrecht/Bürgerpflicht?) wollen wir junge Heranwachsende an die Realität heranführen und ihnen das Wissen vermitteln, welches sie befähigt, ihre Rechte und Pflichten die sie ab dem 17 Lebensjahr geniessen, bewusst wahrzunehmen.

**Freie Schulwahl für alle**, da Erziehung und auch Bildung in der Hauptverantwortung der Eltern liegen. Die Eltern sollen im Bildungsweg ihrer Kinder mitentscheiden. Angefangen bei der obligatorischen Schule soll allen Schülern die Möglichkeit zur Entdeckung, zum Aufbau und zur Beherrschung von notwendigen Kompetenzen gegeben werden, sodass sich jede und jeder in unserer Gesellschaft zurecht findet. Die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder liegt bei den Eltern, die durch ihre Wertvorstellungen und ihr Verantwortungsbewusstsein den Ausbildungsprozess entscheidend mitprägen. Im Kanton St. Gallen wird Bildung aber noch immer zu stark als allein staatliche Aufgabe gesehen. Die Einführung der Freien Schulwahl auf der Oberstufe ist deshalb für uns der erste Schritt den Bildungssozialismus in unserem Kanton zu beenden und den Eltern mehr Wahlfreiheit

zuzugestehen, aber auch Mitverantwortung zu fordern.

**Maturitätsquote soll niedrig bleiben**, sonst leidet die Qualität an den Universitäten. Parallel muss die Berufslehre aufgewertet werden. Es braucht keinen Vergleich mit Deutschland oder anderen europäischen Ländern, in denen jeder einen Mittelschulabschluss besitzt. Nicht jeder ist für ein Universitätsstudium oder umgekehrt für ein Fachhochschulstudium oder eine Berufslehre geeignet. Dadurch könnte auch das Problem der überfüllten Universitäten gelöst werden. Eine gut ausbalancierte Maturitätsquote und ein Stärkung des dualen Bildungssystems tragen dazu bei, den Migrationsdruck auf dem Arbeitsmarkt zu mildern, da wieder mehr einheimische Fach- und Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden wären.

